



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher für Bau, Wohnungswesen und Aufbau Ost der FDP-Fraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

📠 (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

# Pressemitteilung

---

## **Auflösung der Milliardengräber bringt Geld für Investitionen in Ost und West**

***Joachim Günther, Sprecher der Landesgruppe Ost und Mitteldeutschland der FDP-Fraktion, bedauert, dass Bundesminister Peter Ramsauer der Mut für konstruktive Vorschläge und neue Strategien fehlt. Zur von Ramsauer angeregten Debatte über einen Aufbau West sagt Günther:***

„Eine neue Ost-West-Neid-Debatte ist so sinnlos wie überflüssig. Wir müssen endlich die wahren Milliarden-Gräber ausheben. Dann hätten wir nämlich Geld für Mehr-Investitionen in Ost und West.

Wir müssen aufhören, in Ballungsgebieten wie Stuttgart und München, wo es kaum Arbeitslosigkeit gibt, Steuergelder für die Ansiedlung immer neuer Unternehmen auszugeben. Die Kostenlawine, die dadurch ausgelöst wird, ist riesig; das Geld zum Fenster rausgeschmissen.

Weil es in diesen Gebieten keine Fachkräfte gibt, müssen aus Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (z. B. Ostdeutschland oder auch Ruhrgebiet) welche abgeworben werden – mit einer Abwanderungspauschale. Da für die neuen Arbeitskräfte nicht genügend Wohnungen zur Verfügung stehen, fördert der Staat in den Ballungsgebieten den sozialen Wohnungsbau. Und wenn sich die Arbeitnehmer die Wohnungen, deren Miete teurer ist als andernorts, nicht leisten können, zahlt ihnen der Staat Wohngeld. In den strukturschwachen Gebieten hingegen fördert der Steuerzahler den Abriss von Wohnungen. Allein in Ostdeutschland haben wir derzeit etwa 1 Million leer stehende Wohnungen. In der Stadt Zwickau zum Beispiel hat sich die Zahl der Einwohner nach der Wende nahezu halbiert, obwohl sich dort mit VW Mosel wenigstens ein größerer Arbeitgeber angesiedelt hat.

Und ein Ende der Kostenspirale ist nicht abzusehen. Mit dem Leerstand bzw. Abriss der Wohnungen ist auch eine Veränderung der Infrastruktur notwendig. Vor fast 20 Jahren geplante Gemeinschaftskläranlagen zum Beispiel sind nun viel zu groß und damit auch zu teuer. Das stellt Vermieter und Mieter gleichermaßen vor Probleme. Und auch der Staat wird wieder zur Kasse gebeten.

Statt eine weitere unfruchtbare Ost-West-Neid-Debatte zu führen, sollten wir endlich Wirtschaftsförderung mit Augenmaß betreiben. Also dort Industrieansiedlung fördern, wo Arbeitskräfte und auch Wohnraum vorhanden sind. Dazu fehlt Herrn Minister Ramsauer aber offensichtlich leider der Mut.“ (10. November 2009)